

An die
Österreichische Bundesregierung
An Herrn Bundesminister Dr. Josef Ostermayer
An Herrn Bundesminister Sebastian Kurz
An das Präsidium des Nationalrates

Stellungnahme des Islamischen Beratungsnetzwerkes für Jugend und Familie zum Entwurf des neuen Islamgesetzes

Das *Islamische Beratungsnetzwerk für Jugend und Familie* ist eine Vernetzung von Muslimen und Musliminnen, die ihre psychologischen und sozialen Beratungsangebote öffentlich präsentieren und anbieten. Die Mitglieder des Ibjf verfügen über in Österreich anerkannte, qualitative Ausbildungen im psycho-sozialen Bereich. Wir arbeiten in Schulen im Bereich interkulturelle Konfliktlösung, bieten Erziehungsberatungen für Eltern und Lehrer sowie Fortbildungsveranstaltungen in pädagogischen Einrichtungen an und sind engagiert in der individuellen Beratung von MigrantInnen. Ein wichtiger Teil unserer Aufgabe besteht darin, uns für den Erhalt des innergesellschaftlichen Friedens zu engagieren.

Misstrauen führt zu Ausgrenzung

Wir sehen in der Novelle des Islamgesetzes eine problematische Ungleichbehandlung des muslimischen Bevölkerungsteils in Österreich, die zu zunehmender sozialer Disharmonie führen könnte.

Einige Formulierungen in dem neuen Gesetz, die in keinem Anerkennungsgesetz anderer Konfessionen zu finden sind, erlauben einen Generalverdacht gegenüber der muslimischen Bevölkerung im Allgemeinen. So zeigt beispielsweise die Formulierung in § 2 (1), dass nur Lehren, Einrichtungen und Gebräuche staatlichen Schutz genießen würden, „sofern sie nicht mit gesetzlichen Regelungen in Widerspruch stehen“ ein deutliches Misstrauen gegenüber MuslimInnen. Wir befürchten, dass einige PädagogInnen sich durch die Novellierung angespornt sehen könnten muslimische SchülerInnen zu verdächtigen, da der Argwohn nun im Grunde gesetzlich verankert wird. Eine Verschlechterung des Schulklimas wäre die Folge und würde sich zweifellos auf die gesamte Gesellschaft auswirken. Die ohnehin schon skeptische Haltung gegenüber jungen MuslimInnen in den Schulen, würde damit noch gefördert.

Wir gehen davon aus, dass durch das neue Islamgesetz ein Klima der Ausgrenzung und Abwertung muslimischer Jugendliche gefestigt werden könnte. Aus unserer Erfahrung in der beraterischen Tätigkeit mit jungen MuslimInnen, wissen wir, dass viele unserer KlientInnen sehr um Anerkennung in der Gesellschaft bemüht sind. Sie finden sich aber durch den Entwurf möglicherweise vor eine Entscheidung gestellt, die für einen jungen Muslim geradezu unerträglich schwer sein kann. Nämlich vor die Entscheidung: Gesellschaftliche Anerkennung *oder* die eigene Religion, den Islam zu leben. Unserer Ansicht nach, können gerade diese gefährlichen Spannungen begünstigend auf eine mögliche Radikalisierung und Abspaltung von der Gesellschaft wirken.

Anstatt Misstrauen zu signalisieren sollte gezeigt werden, dass es kein Widerspruch ist, Muslim und Österreicher gleichzeitig zu sein.

Einschränkung konstruktiver Kritik

Der Entwurf stellt außerdem eine schwerwiegende Einschränkung des islamischen Vereinslebens dar. Durch die vorliegende Fassung wird die notwendige und fruchtbare Kritik an der IGGIÖ extrem erschwert, da um das Bestehen des Vereins gefürchtet werden muss. Die Pluralität der islamischen Gemeinschaften kann so nicht erhalten bleiben. Wir sind der Meinung, dass eine starke islamische Glaubensgemeinschaft die Muslime in ihrer Vielfältigkeit vertreten muss. Dies kann nicht durch eine gesetzlich bestimmte Deutungshoheit der IGGIÖ erreicht werden.

Forderungen

Das IbJf fordert dementsprechend, dass bei einem neuen Entwurf die Signalwirkung auf das gesellschaftliche Zusammenleben mit bedacht wird. Außerdem muss bei neuen Verhandlungen die Basis in Form der Vereine als Brückenbauer mitberücksichtigt werden.

Für das *Islamische Beratungsnetzwerk für Jugend und Familie*:

Sabrina Fuchs
Junis Mazarweh

Wien , 02.11.14